

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 89

FREITAG, DEN 12. NOVEMBER

2010

Inhalt:

	Seite		Seite
Verzeichnis der für die Bürgerschaftskanzlei vertretungsberechtigten Beamten und Angestellten ...	2225	Plangenehmigungsbescheid – Umgestaltung der Hochwasserschutzanlage Finkenrieker Hauptdeich durch Änderung der Deichgrundgrenze bei Deichkilometer 15,3 und zwischen Deichkilometer 16,7 und 16,9 –	2227
Änderung der Volksfesttermine	2225	Grabenschau 2010 auf der Insel Neuwerk	2227
Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die serbische und kroatische Sprache	2226	Verzeichnis der zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen für die Hamburg Port Authority und zu deren gerichtlicher Vertretung berechtigten Personen	2228
Öffentliche Zustellung	2226	Ladung zur Einsichtnahme der Wertermittlungsergebnisse und Anhörung der Beteiligten über die Ergebnisse der Wertermittlung in der Flurbereinigung Rübke (A26)	2230
Öffentliche Zustellung	2226		
Öffentliche Zustellung	2226		
Öffentliche Zustellung	2227		
Berichtigung der Widmungsveröffentlichung Ebeers- reye (Flurstück 5040)	2227		

BEKANNTMACHUNGEN

Verzeichnis der für die Bürgerschaftskanzlei vertretungsberechtigten Beamten und Angestellten

Nach der Anordnung der Präsidentin der Bürgerschaft über die Befugnis zur Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg durch die Bürgerschaftskanzlei vom 30. Oktober 2002 bedürfen Erklärungen, durch die die Freie und Hansestadt Hamburg durch die Bürgerschaftskanzlei privatrechtlich verpflichtet werden soll, der schriftlichen Form. Sie sind nur rechtsverbindlich, wenn sie vom Präsidenten der Bürgerschaft oder von zwei Personen unterzeichnet worden sind, die zur Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg befugt sind.

Der Präsident ist kraft Verfassung vertretungsbefugt. Nachstehend werden die Namen der von ihm ermächtigten Beamten und Angestellten bekannt gegeben. Soweit die Ermächtigung nur in eingeschränkter Form gilt, wird darauf in einem Klammerzusatz verwiesen.

Name	Einschränkungen
1. Wagner, Reinhard	–
2. Gans, Norbert	–
3. Meyer, Peter	–
4. Buchholz, Ulrich	–
5. Winkler, Michael	–

- | | |
|--------------------|---|
| 6. Schoor, Jos | (Vertretungsbefugnis beschränkt auf den IT-Bereich, generell kein Abschluss von Arbeitsverträgen) |
| 7. Manske, Susanne | (Vertretungsbefugnis beschränkt auf den Abschluss von Arbeitsverträgen) |

Nach der Anordnung über die Befugnis zur Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg durch die Bürgerschaftskanzlei ist jedoch für Rechtsgeschäfte der laufenden Verwaltung, die für die Bürgerschaftskanzlei wirtschaftlich nicht von erheblicher Bedeutung sind (das sind im Regelfall solche mit einem Wert bis zu 5000,- Euro) sowie für Erklärungen vertretungsbefugter Personen vor Gericht, die nach der Anordnung vorgeschriebene Form nicht erforderlich.

Hamburg, den 20. Oktober 2010

Der Präsident der Bürgerschaft

Amtl. Anz. S. 2225

Änderung der Volksfesttermine

Auf Grund von § 69 in Verbindung mit § 60 b der Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246), wird bekannt gegeben:

Die im Amtl. Anz. Nr. 56 vom 20. Juli 2010 auf S. 1238 veröffentlichte Bekanntmachung der „Termine für den Frühlingmarkt, das Hummelfest, den Dommarkt und die

bezirklichen Volksfeste in der Freien und Hansestadt Hamburg für das Jahr 2011“ wird unter Abschnitt I Nummern 4 und 7 wie folgt geändert:

4. Bergedorf „Frühjahrsmarkt“
Neuer Weg (Frascatiplatz), 21029 Hamburg
29. April bis 1. Mai 2011 (3 Tage)
7. Zollenspieker „Pfingstmarkt“
Auf dem Sülzbrack, 21037 Hamburg
11. Juni bis 13. Juni 2011 (3 Tage)

Hamburg, den 8. November 2010

Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Amtl. Anz. S. 2225

Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die serbische und kroatische Sprache

Herr Zeljko Sturman, geboren am 5. Mai 1935 in Zagreb, wohnhaft Meldorfer Straße 3, 20251 Hamburg, ist am 6. August 2010 verstorben. Seine Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die serbische und kroatische Sprache vom 16. März 2010 ist somit erloschen. Die Dolmetschersiegel (Hamburger Staatswappen mit der Umschrift „Vereidigter Dolmetscher und Übersetzer für die serbische Sprache/Hamburg“; Siegel-Nummer 1, und Hamburger Staatswappen mit der Umschrift „Vereidigter Dolmetscher und Übersetzer für die kroatische Sprache/Hamburg“; Siegel-Nummer 1) sind für ungültig erklärt worden.

Hamburg, den 6. August 2010

Die Behörde für Inneres

Amtl. Anz. S. 2226

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt der Frau Andrea Schwichtenberg, zuletzt wohnhaft Carl-Petersen-Straße 92, 20535 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 25. November 2010 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für die Genannte ein Widerspruchsbescheid in der Geschäftsstelle des Rechtsamtes, Klosterwall 6, Zimmer 909, 20095 Hamburg, werktäglich in der Zeit von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 9. Dezember 2010 als bewirkt.

Hamburg, den 28. Oktober 2010

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 2226

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Eric Pephrah, geboren am 20. Dezember 1975, zuletzt wohnhaft Franklin Way 181, CRO 4UX London, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 25. November 2010 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten eine Übergangsanzeige gemäß § 7 UVG für erbrachte Unterhaltsvorschussleistungen des Kindes Eric Pephrah Kwarteng im Fachamt für Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 214, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 9. Dezember 2010 als bewirkt.

Hamburg, den 28. Oktober 2010

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 2226

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Abdul-Hakim Rahimi, geboren am 12. August 1959, zuletzt wohnhaft Große Holl 60 a, 22115 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 25. November 2010 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten eine Übergangsanzeige gemäß § 7 UVG für erbrachte Unterhaltsvorschussleistungen der Kinder Kais und Omid Rahimi im Fachamt für Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 214, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 9. Dezember 2010 als bewirkt.

Hamburg, den 28. Oktober 2010

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 2226

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Anwar Qammer, geboren am 17. Mai 1970, zuletzt wohnhaft Dahlgrünring 10, 21109 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 25. November 2010 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten eine Übergangsanzeige gemäß § 7 UVG für erbrachte Unterhaltsvorschussleistungen des Kindes Faras Qammer im Fachamt für Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 214, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 9. Dezember 2010 als bewirkt.

Hamburg, den 28. Oktober 2010

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 2226

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Brunnon Dey, geboren am 5. Februar 1966, zuletzt wohnhaft Friedrich-Eggers-Straße 63, 22880 Wedel, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 25. November 2010 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten eine Übergangsanzeige gemäß § 7 UVG für erbrachte Unterhaltsvorschussleistungen des Kindes Filip Pienkowski im Fachamt für Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 214, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 9. Dezember 2010 als bewirkt.

Hamburg, den 28. Oktober 2010

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 2227

Berichtigung der Widmungsveröffentlichung Ebeersreye (Flurstück 5040)

In der Widmungsverfügung vom 16. Juni 2006 (Amtl. Anz. Nr. 53 vom 7. Juli 2006 S. 1534) muss es in der vierten Zeile richtig heißen: „von der Einmündung Beim Lehmbrook bis zur Mitte der Grundstücksfläche Hausnummer 64 der Ebeersreye für den öffentlichen Verkehr, und ab dort bis zum Friedrich-Ebert-Damm für den Fußgänger- und Radfahrerverkehr gewidmet.“

Hamburg, den 8. November 2010

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2227

Plangenehmigungsbescheid

**– Umgestaltung der Hochwasserschutzanlage
Finkenrieker Hauptdeich durch Änderung der
Deichgrundgrenze bei Deichkilometer 15,3 und
zwischen Deichkilometer 16,7 und 16,9 –**

Der Plan für die Umgestaltung der Hochwasserschutzanlage Finkenrieker Hauptdeich durch die Änderung der Deichgrundgrenze ist durch den Plangenehmigungsbescheid des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht (Plangenehmigungsbehörde), vom 8. November 2010 festgestellt worden. Die Feststellung beruht auf § 55 des Hamburgischen Wassergesetzes in Verbindung mit § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes.

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Planung und Entwurf von Hochwasserschutzanlagen, hat beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Fachbereich Deichverteidigung und Deichaufsicht, die förmliche Zulassung für die Änderung der Deichgrundgrenze der Hochwasserschutzanlage Finkenrieker Hauptdeich bei Deichkilometer 15,3 und zwischen Deichkilometer 16,7 und 16,9 beantragt.

Gegenstand des Vorhabens ist der Erwerb von insgesamt vier Teilgrundstücken der Gemarkung Wilhelmsburg für den Hochwasserschutz mit entsprechender Änderung der Deichgrundgrenze.

Die genehmigten Pläne werden öffentlich ausgelegt in der Zeit vom 22. November 2010 bis zum 6. Dezember 2010 im Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Verwaltung – Wegeaufsichtsbehörde, Klosterwall 8, Block D, Raum 103, 20095 Hamburg, montags und mittwochs 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, dienstags, donnerstags und freitags 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr oder nach telefonischer Voranmeldung unter Telefonnummer 040/4 28 54 - 34 92 und im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer, Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz, Sachsenkamp 1–3, Raum B 7.27, 20097 Hamburg, montags bis freitags 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr oder nach telefonischer Voranmeldung unter Telefonnummer 040/4 28 26 - 25 50.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber den der Plangenehmigungsbehörde nicht bekannten Betroffenen als zugestellt.

Gegen den Plangenehmigungsbescheid kann binnen eines Monats nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Hamburg, Lübeckertordamm 4, 20099 Hamburg, Klage erhoben werden.

Hamburg, den 8. November 2010

**Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
– Geschäftsbereich Gewässer und Hochwasserschutz –
Fachbereich G4 Deichverteidigung und Deichaufsicht
als Plangenehmigungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 2227

Grabenschau 2010 auf der Insel Neuwerk

Die Schau der Gewässer zweiter Ordnung nach § 66 des Hamburgischen Wassergesetzes in der Fassung vom 29. März 2005 (HmbGVBl. S. 97), geändert am 1. September 2005 (HmbGVBl. S. 377, 380), findet am 7. Dezember 2010, 13.00 Uhr, statt.

Treffpunkt Baubüro Neuwerk.

Den nach §§ 39 Absatz 1 des Hamburgischen Wassergesetzes Unterhaltungspflichtigen obliegt es, ständig einen ordnungsgemäßen Zustand für den Wasserabfluss zu erhalten. Das Gewässerbett und die Ufer sind zu sichern und instand zu halten.

Die Anlieger und Hinterlieger haben nach vorheriger Ankündigung das Einebnen des Aushubs auf ihren Grundstücken zu dulden, soweit dadurch die bisherige Nutzung nur vorübergehend beeinträchtigt wird.

Die Eigentümer der Gewässer und die Anlieger haben entlang der Gewässer Wege für die Schau freizuhalten, in Einfriedungen sind Durchgänge oder Übergänge zu schaffen.

Die Unterhaltungspflichtigen, die Eigentümer der Gewässer, die Anlieger und die Inhaber von Rechten und Befugnissen können an der Schau teilnehmen und sich äußern.

Verstöße gegen diese Anordnung können nach § 102 des Hamburgischen Wassergesetzes als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen geahndet werden.

Wer Mängel beseitigen muss, hat nach § 67 des Hamburgischen Wassergesetzes die Kosten der Nachschau zu tragen.

Cuxhaven, den 4. November 2010

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 2227

Verzeichnis der zur Abgabe von Verpflichtungserklärungen für die Hamburg Port Authority und zu deren gerichtlicher Vertretung berechtigten Personen

Nach § 8 Absätze 3 und 4 des Gesetzes über die Hamburg Port Authority (HPAG) vom 29. Juni 2005 (HmbGVBl. S. 256) in Verbindung mit § 3 Absatz 1 der Satzung der Hamburg Port Authority vom 4. Oktober 2005 (HmbGVBl. S. 416) bedürfen Erklärungen, durch die die Hamburg Port Authority privatrechtlich verpflichtet werden soll, der schriftlichen Form. Sie sind nur wirksam, wenn sie von zwei Mitgliedern der Geschäftsführung unterzeichnet sind.

Sofern Verpflichtungserklärungen der Hamburg Port Authority nicht gemeinsam von der Geschäftsführung

Herrn Jens Meier
(Vorsitzender der Geschäftsführung) und
Herrn Wolfgang Hurtienne

abgegeben werden, sind sie gegenüber Dritten gültig, wenn sie von einem Mitglied der Geschäftsführung und einer bevollmächtigten Person oder von zwei von der Geschäftsführung bevollmächtigten Personen gemeinsam unterzeichnet sind.

1. Vertreter¹⁾ der Hamburg Port Authority mit besonderer Vertretungsbefugnis

Die von der Geschäftsführung gemäß § 8 Absätze 3 und 4 HPAG und § 3 Absatz 1 der Satzung bevollmächtigten Mitarbeiter werden nachstehend namentlich genannt.

Vertreter der Hamburg Port Authority, deren Vertretungsbefugnis sich auch auf Geschäfte außerhalb des üblichen Geschäftsbetriebes erstreckt, sind die folgenden Mitglieder der Geschäftsleitung:

Flecken, Claudia
Klemm, Tino
Kreft, Harald
Pröpping, Karlheinz
Saxe, Dr. Sebastian

Die vorgenannten Personen sind zur gerichtlichen Vertretung der Hamburg Port Authority gemäß den nachfolgenden Ziffern 5.1 bis 5.3 nicht befugt.

Arbeitsverträge gemäß der nachfolgenden Ziffer 3 und Sonderverträge gemäß den nachfolgenden Ziffern 4.2 bis 4.4 sind von der Vertretungsbefugnis nur erfasst, wenn das jeweilige Mitglied der Geschäftsleitung in der jeweiligen Ziffer namentlich genannt ist.

2. Zur Vertretung der HPA ermächtigte Mitarbeiter

Werden Verpflichtungserklärungen von einem Mitglied der Geschäftsführung oder den Vertretern der Hamburg Port Authority, deren Vertretungsbefugnis sich gemäß Ziffer 1 auch auf Geschäfte außerhalb des üblichen Geschäftsbetriebes erstreckt, unterzeichnet, entfällt die unten genannte Wertgrenze für die mitzeichnende bevollmächtigte Person.

2.1 Ermächtigte Mitarbeiter der Hamburg Port Authority, bei denen sich die Vertretungsbefugnis auf die Wertgrenze von bis zu 500 000,- Euro (netto) erstreckt (ausgenommen Arbeits- und Hafenmietverträge):

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Bartke, Stefan	E1-3
Bergen, Dr. Olaf	E1-4
Jost, Eckehard	C1-1
Knies, Reiner	H1-1
Lindtner, Rica	C12-2
Miller, Dr. Christoph	SW-1
Schönewald, Karsten	B2-1
N.N.	H2-1
Nickels, Hans	E1-2
Rechter, Stefan	C12-1
Rosebrock, Claas	B1-1
Scheel, Iris	SP1-1
Schuberth, Rolf	H3-1
Tenkleve, Martin	E1-1
Marquardt, Peter	E1-5

2.2 Ermächtigte Mitarbeiter der Hamburg Port Authority, bei denen sich die Vertretungsbefugnis auf die Wertgrenze von bis zu 150 000,- Euro (netto) erstreckt (ausgenommen Arbeits- und Hafenmietverträge):

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Augner, Dr. Jörn	RG-1
Behnke, Lars	E16-1
Bork, Kerstin	F32-1
Dierks, Ursula	H14-1
Glimm, Manfred	E17-1
Meine, Manfred	S2-1
Kaschel, Guido	H11-1
Kosak, Heinz-Heribert	H15-1
Lahr, Judith	B22-1 (kom. für B2-1)
Lehmann, Hans-Andreas	H21-1
Margies, Thomas	C31-1
Muruszsch, Christine	H22-1
N.N.	B3-1
Oellerich, Jörg	S3-1
Pollmann, Jörg	OH-1
Radtke, Birgit	C11-1
Strotmann, Thomas	S22-1
Stüben, Sabine	MK-1
Tappeiner, Herbert	C13-1
Thiergart, Thorsten	H32-1
Triebner, Jürgen	C3-1
Bussche von dem, Matthias	H23-1

¹⁾ Grundsätzlich sind alle Angaben und Schreibweisen geschlechtsneutral gemeint und auch so zu interpretieren. So ist z.B. bei den Bezeichnungen „Vertreter“ auch immer „Vertreterin“ gemeint oder bei „Mitarbeiter“ auch „Mitarbeiterin“.

Birke, Lutz Michael	S1-1
Elvers, Jens	S12-1
Peikert, Klaus	E11-1
Stengel, Harald	H31-1
N.N.	H33-1
Harmsen, Martina	B11-1
Rostock, Bärbel	B12-1
Treptau, Benjamin	B13-1
Wesel, Klaus	B24-1
Orth, Sandra	C2-1

- 2.3 Ermächtigte Mitarbeiter der Hamburg Port Authority, bei denen sich die Vertretungsbefugnis auf die Wertgrenze von bis zu 30 000,- Euro (netto) erstreckt (ausgenommen Arbeits- und Hafenmietverträge):

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Buse, Hildegard	C12-10
Dobbertin, Christian	C12-16
Exner, Jörg	C131-3
Grosch, Michael	C12-5
Heisterhagen-Maehl, Bettina	C12-11
Körner, Hans-Jörn	C131-5
Lawrenz, Wolfgang	C131-1
Monreal, Katja	C12-8
Müller, Kerstin	C12-7
Paul, Thomas	C131-2
Perlin, Reiner	C12-14
Rode, Holger	C12-12
Schmitt, Volker	C131-7
Schröder, Olaf	C12-4
Seibert, Dunja	C12-3
Sponagel, Holger	C131-6
Wierzewski, Sven	C12-6
Wobst, Ramona	C12-13
Woyke, Joachim	C131-8
Jansen, Katrin	C12-9
Reuter, Manfred	AI-1
Genzmer, Simone	F11-2
Hinze, Sabine	C222-5
Thiele, Marion	C221-11

3. Für Arbeitsverträge (Abschluss, Kündigungen usw.) ermächtigte Mitarbeiter der Hamburg Port Authority

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Abramczyk, Torsten	C21-1
Mellmann, Anke	C22-1
Orth, Sandra	C2-1
Quast, Iris	C221-1
Saxe, Dr. Sebastian	C-1

4. Sonderverträge

- 4.1 Für Hafenmietverträge bis 150 000,- Euro Gesamtvertragsverpflichtung p.a. (Miet-, Pacht- und sonstige Nut-

zungsverträge) ermächtigte Mitarbeiter der Hamburg Port Authority:

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Broischer, Jürgen	F312-2
Leenen, Jan-Peter	F312-1
Stein, Eva	F31-1

Werden Hafenmietverträge von den Vertretern der Hamburg Port Authority, deren Vertretungsbefugnis sich gemäß Ziffer 1 auch auf Geschäfte außerhalb des üblichen Geschäftsbetriebes erstreckt, unterzeichnet, entfällt die oben genannte Wertgrenze für die mitzeichnende bevollmächtigte Person.

- 4.2 Für Infrastrukturnutzungsverträge mit Eisenbahnverkehrsunternehmen, für Gleisanschlussverträge mit Gleisanschließern im Hafen, für Verträge zur Nutzung von Funkgeräten und Funkfrequenzen der Hafenbahn Hamburg (Funknutzungsvertrag) sowie für die Rahmenvereinbarung für die HABIS-Verladeposition von Containern (VLD) ermächtigte Mitarbeiter der Hamburg Port Authority:

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Kreft, Harald	B-1
Rosebrock, Claas	B1-1
Schönwald, Frank	B33-1

- 4.3 Für Gestattungsverträge privater Bahnübergänge mit Unternehmen im Hafen ermächtigte Mitarbeiter der Hamburg Port Authority:

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Harmsen, Martina	B11-1
Kreft, Harald	B-1
Rosebrock, Claas	B1-1

- 4.4 Für HABIS-Nutzungsverträge bis 150 000,- Euro Gesamtvertragsverpflichtung p.a. mit Eisenbahnverkehrsunternehmen ermächtigte Mitarbeiter der Hamburg Port Authority:

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
N.N.	B3-1
Rosebrock, Claas	B1-1
Thurau, Eckard	B32-5 (kom. für B32-1)

Werden HABIS-Nutzungsverträge von den Vertretern der Hamburg Port Authority, deren Vertretungsbefugnis sich gemäß Ziffer 1 auch auf Geschäfte außerhalb des üblichen Geschäftsbetriebes erstreckt, unterzeichnet, entfällt die oben genannte Wertgrenze für die mitzeichnende bevollmächtigte Person.

- 4.5 Für privatrechtliche Nutzungsverträge gemäß Stellplatzrichtlinie ermächtigte Mitarbeiter der Hamburg Port Authority:

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Saxe, Dr. Sebastian	C-1
Hacht, Michael von	C24-1
Knebeler-Golembowski, Ingo	C244-3
Mehlan, Peter	C244-5

5. Verzeichnis der zur gerichtlichen Vertretung der Hamburg Port Authority berechtigten Personen

Zur gerichtlichen Vertretung der Hamburg Port Authority sind außer der Geschäftsführung nach § 8 Absatz 3 des Gesetzes über die Hamburg Port Authority vom 29. Juni 2005 (HmbGVBl. S. 256) folgende Personen einzeln berechtigt:

5.1 Befugnis zur Vertretung in allen Rechtsangelegenheiten der Hamburg Port Authority:

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Augner, Dr. Jörn	RG-1
Junga-Suhr, Kirsten	RG1-4
König, Christina	RG1-3
Mathias, Sylvia Lisa	RG2-1
Nitsche-Martens, Silvia	RG1-1
Schnitter, Carsten	RG1-2
Warncke, Katja	RG22-1
Peltier, Margit	RG23-1

5.2 Befugnis zur Vertretung der Hamburg Port Authority in nautischen Schadensangelegenheiten:

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Bolz, Werner	RG21-1

5.3 Befugnis, für die Hamburg Port Authority Anträge beim Amtsgericht Hamburg auf Erlass eines Mahn- oder Vollstreckungsbescheides zu unterzeichnen:

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Lübcke, Daniela	RG24-2
Szymansky, Jens	RG24-1

5.4 Befugnis zum Abschluss von Vergleichen:

Gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche bis zu einer Wertgrenze von 10 000,- Euro im Einzelfall (ohne Personalangelegenheiten), in Personalangelegenheiten bis zu 3 Brutto-Monatsgehältern dürfen folgende Personen abschließen:

Berechtigte	Funktion in der Organisation der HPA
Augner, Dr. Jörn	RG-1
Mathias, Sylvia Lisa	RG2-1

Ausgenommen hiervon sind Vergleiche von grundsätzlicher Bedeutung. Diese sowie Vergleiche oberhalb der

vorgenannten Wertgrenzen können nur durch die Geschäftsführung selbst, die Mitglieder der Geschäftsleitung oder mit deren gesonderter Einzelermächtigung abgeschlossen werden.

In Personalangelegenheiten ist zuvor die Zustimmung des Leiters des Unternehmensbereiches Services einzuholen. Bei Vergleichsabschlüssen, die nicht außervertragliche Schadensangelegenheiten betreffen, hat die Einheit Recht und Gremien (RG) die Zustimmung des zuständigen Mitgliedes der Geschäftsleitung einzuholen.

5.5 Befugnis zur Stellung von Strafanträgen bei Hausfriedensbruch und gegenüber HPA-Mitarbeitern verübten Körperverletzungen:

Befugt sind die Geschäftsführung und die Mitglieder der Geschäftsleitung.

Hamburg, den 5. November 2010

**Hamburg Port Authority
– Geschäftsführung –
gez. Jens Meier**

Amtl. Anz. S. 2228

**Ladung
zur Einsichtnahme
der Wertermittlungsergebnisse
und Anhörung der Beteiligten über
die Ergebnisse der Wertermittlung
in der Flurbereinigung Rübke (A26)**

3.21-611-2332

Die Beteiligten (Teilnehmer und Nebenbeteiligte) in der Unternehmensflurbereinigung Rübke (A26) werden hiermit zum Termin zur **Einsichtnahme der Wertermittlungsergebnisse** und zur **Anhörung der Beteiligten über die Ergebnisse der Wertermittlung** gem. § 32 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. F. vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008 (BGBl. I S. 2794), geladen.

Die Wertermittlungsunterlagen liegen für die Beteiligten am Flurbereinigungsverfahren am

**Donnerstag, 02.12.2010, von 10.00 bis 12.00 Uhr und
13.00 bis 18.00 Uhr im Feuerwehrgerätehaus Rübke,
Buxtehuder Straße 101, 21629 Neu Wulmstorf,**

zur Einsichtnahme aus.

Während des angegebenen Zeitraums werden sich Vertreter des Amtes für Landentwicklung Bremerhaven und die landwirtschaftlichen Sachverständigen zur Erläuterung und Erteilung von Auskünften dort aufhalten.

Gleichzeitig können die Beteiligten Einwendungen gegen die Ergebnisse der Wertermittlung zu Protokoll geben.

Nach Behebung begründeter Einwendungen werden die Wertermittlungsergebnisse durch öffentliche Bekanntmachung festgestellt.

Bremerhaven, den 12. November 2010

**Die Behörde für Geoinformation, Landentwicklung
und Liegenschaften Otterndorf
– Amt für Landentwicklung Bremerhaven –**

Amtl. Anz. S. 2230

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Zentrale Vergabestelle K5,
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 93
Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Ver-
tragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung,
Ausführung von Bauleistungen
- e) Hamburg-Wilhelmsburg
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-353/10**
Wesentliche Leistungen:
Herstellung Lärmschutzwände aus Stahlbetonelemen-
ten zwischen Stahlpfosten auf Tiefgründung mittels
Bohrpfählen, Höhe 3,0 m bis 4,5 m. Abschnitt 1 : 150 m
Lärmschutzwände, Abschnitt 2 : 300 m Lärmschutz-
wände und 3.500 m² verankerte Spundwand mit hoch-
absorbierenden Stahlbetonfertigteilen, Abschnitt 3:
610 m Lärmschutzwände
- g) –
- h) –
- i) Beginn: 7. März 2011, Ende: 30. November 2011
- j) –
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsicht-
nahme:
vom 23. November 2010 bis 14. Dezember 2010,
dienstags bis donnerstags, 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E 228,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 35,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der
Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und
Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungs-
schreiben an die Anschrift k) schicken.
- m) entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 22. Dezember 2010,
9.30 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 22. Dezem-
ber 2010, 9.30 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

- r) keine.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft
mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leis-
tungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen An-
gaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/B zu machen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 15. Februar 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 28. Oktober 2010

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

1130

D-Hamburg: Bauarbeiten für Sportanlagen

2010/S 213-326482

Bekanntmachung

Bauleistung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Freie und Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, SBH | Schulbau Hamburg
3B2 Ausschreibungen,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 62 85,
Telefax: +49 (0)40 / 4 27 92 - 70 27
E-Mail: Anja.Brandenberger@sbh.fb.hamburg.de
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
den oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers
und Haupttätigkeit(en)**
Regional- oder Lokalbehörde
Bildung
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftrag-
geber:
Gymnasium Rahlstedt, Neubau einer Dreifeld-
halle– Einbau Prallwand und Hallenverkleidung.

- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
(a) Bauleistung
Ausführung
Hauptausführungsort: Gymnasium Rahlstedt, Scharbeutzer Straße 36, 22147 Hamburg
NUTS-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung
Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Einbau von Wandverkleidung mit Prallwandfunktion und Zugangstüren zur Sporthalle sowie Schwingtore.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV): 45212200
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Einbau von ca. 800 m² Wandverkleidungen mit Sperrholz-Paneelen, davon ca. 350 m² mit Prallwandfunktion. Einbau 5 Schwingtore, 8 einflügelige Sporthallenzugangstüren T 30 RS, 2 zweiflügelige Sporthallenzugangstüren T 30 RS und Regieraumfenster.
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Dauer in Monaten: 14 (ab Auftragsvergabe)

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auftragssumme von 250 000,- Euro.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8
- Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten zwei Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Sätze 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder gemäß § 6 Absätze 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden ist.

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH-EG 22/10 B
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: –
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 22,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Bankverbindung:

Finanzbehörde, SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 200 015 90, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank Hamburg.
Verwendungszweck: 4100900000027

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:
9. Dezember 2010, 11.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Bis: 8. Januar 2011.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja
Bieter oder deren Bevollmächtigte

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag:** Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen:**
IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Vorinformation.
Bekanntmachungsnummer im ABl.:
2010/S 000-000000 vom 31. August 2010

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/
Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Vergabekammer der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
29. Oktober 2010

Hamburg, den 3. November 2010

Die Finanzbehörde

1131

Bekanntmachung Öffentliche Ausschreibung

- a) Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt,
Fachamt Management des öffentlichen Raumes,
Schlossgarten 9, 22041 Hamburg,
Telefon: +49 (0)40/4 28 81 - 26 82,
Telefax: +49 (0)40/4 28 81 - 32 49
E-Mail: thomas.hummel@wandsbek.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Entschlammung des RHB-Prökelmoorteich in Hamburg-Wellingsbüttel

e) Freie und Hansestadt Hamburg,
Bezirksamtsbereich Wandsbek, Ortsteil Wellingsbüttel

f) Vergabenummer: **A/D4 G2 - 6/2010**

Aushub, Abfuhr und Entsorgung von ca. 850 m³ belastetem Sediment aus einem Gewässer.

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: Dezember 2010/Januar 2011
Ende: Februar/März 2011

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme (kein Barverkauf) vom 10. November 2010 bis zum 23. November 2010, dienstags bis donnerstags, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Bezirksamt Altona, Submissionsstelle, Erdgeschoss,
Zimmer 2, Jessenstraße 1–3, 22767 Hamburg,
Telefon: +49 (0)40/4 28 11 - 63 50/63 51
Telefax: +49 (0)40/4 28 11 - 63 52

l) Höhe des Kostenbeitrages: 11,- Euro, Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Kasse.Hamburg – Bezirksamt Altona
Kontonummer: 200 015 82, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank.

Verwendungszweck – unbedingt angeben:
4050 82000 0031 A/D4 G2 - 6 /10

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 8. Dezember 2010, 14.00 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Altona,
Submissionsstelle, Erdgeschoss, Zimmer 2,
Jessenstraße 1–3, 22767 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 8. Dezember 2010, 14.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 6. Januar 2011.

w) Beschwerdestelle:

Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt
– der Dezernent – Schlossgarten 9, 22041 Hamburg.

Hamburg, den 4. November 2010

Das Bezirksamt Altona

1132

Dataport – Anstalt des**Bilanz zum**

AKTIVA	31.12.2009	31.12.2008
	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10.632.437,69	9.628.896,55
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten	16.005.499,56	16.692.096,70
2. Technische Anlagen und Maschinen	49.764.020,57	49.318.351,71
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.902.647,97	12.250.499,71
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	503.578,60	4.832.141,32
	81.175.746,70	83.093.089,44
III. Finanzanlagen		
1. Sonstige Ausleihungen	46.955,17	50.446,04
2. Ansprüche gegen die Träger zur Deckung von Pensionsverpflichtungen	56.116.353,00	53.835.980,00
3. Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen	16.996.192,44	8.142.579,60
	73.159.500,61	62.029.005,64
	164.967.685,00	154.750.991,63
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.156.226,73	1.361.578,06
2. Waren	70.681,79	70.832,18
	1.226.908,52	1.432.410,24
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.431.245,37	23.065.599,67
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	92.232,59	136.126,83
3. Sonstige Vermögensgegenstände	528.214,83	1.571.352,15
	33.051.692,79	24.773.078,65
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	28.830.279,63	19.575.550,40
	63.108.880,94	45.781.039,29
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	5.621.139,70	5.896.331,31
	233.697.705,64	206.428.362,23

öffentlichen Rechts –, Altenholz

31. Dezember 2009

PASSIVA	31.12.2009		31.12.2008
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Stammkapital		36.000.000,00	36.000.000,00
II. Kapitalrücklage		11.190.112,66	11.190.112,66
III. Gewinnrücklage			
Satzungsmäßige Rücklage		2.150.232,65	0,00
IV. Bilanzgewinn		4.300.465,29	0,00
		<u>53.640.810,60</u>	<u>47.190.112,66</u>
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	94.520.043,00		86.937.029,14
2. Steuerrückstellungen	214.702,12		153.649,26
3. Sonstige Rückstellungen	<u>20.882.326,47</u>		<u>19.816.111,65</u>
		<u>115.617.071,59</u>	<u>106.906.790,05</u>
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.000.000,00		15.000.685,67
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
EUR 0,00 (Vj.: EUR 685,67)			
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	846.800,00		893.600,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
EUR 846.800,00 (Vj.: EUR 893.600,00)			
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.663.816,30		15.141.916,05
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
EUR 23.663.816,30 (Vj.: EUR 15.141.916,05)			
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	83.419,01		86.419,81
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
EUR 83.419,01 (Vj.: EUR 86.419,81)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.236.756,01		2.171.024,72
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
EUR 2.236.756,01 (Vj.: EUR 2.171.024,72)			
davon aus Steuern: EUR 1.209.081,82 (Vj.: EUR 1.126.750,24)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
EUR 22.946,99 (Vj.: EUR 14.965,44)			
		<u>41.830.791,32</u>	<u>33.293.646,25</u>
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		<u>22.609.032,13</u>	<u>19.037.813,27</u>
		<u>233.697.705,64</u>	<u>206.428.362,23</u>

Dataport – Anstalt des öffentlichen Rechts –, Altenholz
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	2009 EUR	2008 EUR
1. Umsatzerlöse	281.920.179,67	241.691.784,04
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	500.204,46	442.090,38
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>3.623.979,33</u>	<u>1.659.214,60</u>
4. Gesamtleistung	286.044.363,46	<u>243.793.089,02</u>
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	33.433.688,30	29.934.456,03
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>90.446.708,91</u>	<u>72.751.568,25</u>
	<u>123.880.397,21</u>	<u>102.686.024,28</u>
6. Rohergebnis	<u>162.163.966,25</u>	<u>141.107.064,74</u>
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	73.969.265,49	68.917.560,76
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 8.396.215,20 (Vj.: EUR 15.217.446,55)	19.302.440,63	25.590.470,54
	<u>93.271.706,12</u>	<u>94.508.031,30</u>
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	25.588.433,52	23.532.340,16
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>36.145.958,77</u>	<u>29.137.278,61</u>
	<u>61.734.392,29</u>	<u>52.669.618,77</u>
10. Betriebsergebnis	7.157.867,84	<u>-6.070.585,33</u>
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.412,85	2.546,97
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	130.386,92	98.239,23
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>810.480,17</u>	<u>841.237,55</u>
	<u>-677.680,40</u>	<u>-740.451,35</u>
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.480.187,44	<u>-6.811.036,68</u>
15. Sonstige Steuern	<u>29.489,50</u>	<u>34.912,00</u>
16. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	6.450.697,94	-6.845.948,68
17. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	385.729,58
18. Einstellung in die Gewinnrücklage (Vj. Entnahme aus der Gewinnrücklage)	2.150.232,65	-800.000,00
19. Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	-5.660.219,10
20. Bilanzgewinn	<u>4.300.465,29</u>	<u>0,00</u>

Anhang für 2009 der Dataport – Anstalt des öffentlichen Rechts –, Altenholz

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss von Dataport für das Geschäftsjahr 2009 wurde entsprechend der Satzung nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die Bilanz ist nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB gegliedert (§ 266 HGB).

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Absatz 2 HGB) erstellt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Datenverarbeitungsprogramme und Lizenzen werden zu Anschaffungskosten angesetzt und über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben (bis zu fünf Jahren).

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs-/Herstellungskosten angesetzt und über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt linear abgeschrieben:

	Nutzungsdauer Jahre
Bauten	33–40
Technische Anlagen und Maschinen	5–19
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1–15

Die Abschreibungen werden pro rata temporis vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten ohne Umsatzsteuer von EUR 150,00 bis zu EUR 1.000,00 werden seit 2008 ab dem Jahr des Zugangs über 5 Jahre abgeschrieben.

Die Beteiligung an der kommIT ist aufgrund der nachhaltig in geringer Höhe geplanten Jahresergebnisse weiterhin mit EUR 0,00 bewertet.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Ansprüche gegen die Träger zur Deckung von Pensionsverpflichtungen betreffen die im Staatsvertrag seitens der Länder gewährten Deckungszusagen für die Anteile der Pensionsverpflichtung, die durch die Pensionsansprüche der ehemaligen Mitarbeiter bis zum Beitritt – d.h. bis zum 31.12.2003 (für Hamburg), bis zum 31.12.2005 (für Mecklenburg-Vorpommern) bzw. bis zum 31.12.2006 (für Bremen) – entstanden sind. Die Ansprüche werden in Höhe der gedeckten anteiligen Pensionsrückstellung ausgewiesen und jährlich versicherungsmathematisch fortgeschrieben.

Die Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen sind in Höhe des Rückkaufwertes bilanziert. Durch den Wechsel des Versicherers entspricht der Rückkaufwert dem Deckungskapital.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgt überwiegend zu gleitenden Durchschnittspreisen. Das Niederstwertprinzip wurde berücksichtigt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zu Nennwerten angesetzt; für erkennbare Einzelrisiken und sonstige latente Risiken wurden Wertberichtigungen gebildet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach der Teilwertmethode auf der Basis eines Zinsfußes von 4,5 % p.a. bewertet. Den Rückstellungen liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Sonstige Rückstellungen und Steuerrückstellungen beinhalten sämtliche erkennbare Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Vor dem Hintergrund des Passivierungswahlrechts gemäß § 249 II HGB sind für dem Geschäftsjahr zuzuordnende Aufwendungen Rückstellungen gebildet worden. Die sonstigen Rückstellungen sind insgesamt nach den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung bewertet worden.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde auf der Basis der Einzelverträge konkret je Einzelfall gebildet. Hinsichtlich der künftigen potenziellen Fälle wurde von einer Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme durch die Mitarbeiter von 50 % ausgegangen und unter Berücksichtigung einer Abzinsung von 4,5 % eine Rückstellung gebildet.

Die Verbindlichkeiten werden zu Rückzahlungsbeträgen bilanziert.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen für das Jahr 2009 ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau verringerten sich um TEUR 4.328 im Wesentlichen durch die Umgliederung der Anschaffungskosten für das Projekt Zielarchitektur Basisinfrastruktur (EUR 2,5 Mio.).

Finanzanlagen

Dataport hält eine Beteiligung an der kommIT, die mit EUR 0,00 bewertet ist.

Angaben zum Anteilsbesitz

	Höhe des Anteils Kapital %	Eigen- kapital 31.12. 2008 T€	Ergebnis des Ge- schäfts- jahres 2008 T€
Unternehmen/Sitz			
kommIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH, Köln	33,3	– 961	+ 197

Ansprüche gegen die FHH, das Land Mecklenburg-Vorpommern und die FHB zur Deckung von Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen

Die Forderung gegen die Freie und Hansestadt Hamburg resultiert aus den im Staatsvertrag gewährten Ansprüchen zur Deckung von Pensionsrückstellungen für die im Rahmen der Fusion übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, soweit die Pensionsansprüche bis zum 31.12.2003 erworben wurden, und beläuft sich auf 44.538.482 €.

Gegenüber dem Land Mecklenburg-Vorpommern besteht gemäß dem Staatsvertrag ein Anspruch zur

Deckung von Pensionsrückstellungen für die im Rahmen der Fusion übernommenen Beamtinnen und Beamten, soweit diese Pensionsansprüche bis zum 31.12.2005 erworben wurden, in Höhe von 1.477.855 €.

Die Forderung gegen die Freie Hansestadt Bremen resultiert aus den im Staatsvertrag gewährten Ansprüchen zur Deckung von Pensionsrückstellungen für die im Rahmen der Fusion übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, soweit diese Pensionsansprüche bis zum 31.12.2006 erworben wurden, und beläuft sich auf 10.100.016 €.

Der erreichte Rückkaufwert aus einer bei der Generali Lebensversicherung AG abgeschlossenen Rückdeckungsversicherung beträgt 16.996.192 €.

Vorräte

Die Vorräte setzen sich wie folgt zusammen:

Vorräte	€
Material Netztechnik	1.507.986
Datenverarbeitungsmaterial	12.240
Sonstiges Material	31.159
Sonstige Vorräte	304.842
Wertberichtigung Vorräte	-700.000
Waren	70.682
Summe	1.226.909

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen insgesamt 32.431.245 € und bestehen hauptsächlich gegenüber Verwaltungseinheiten der Träger. Wertberichtigungen wurden in Höhe von 447.098 € vorgenommen. Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von insgesamt 528.215 € enthalten im Wesentlichen Erstattungsansprüche gegenüber der Versorgungsausgleichskasse und alten Dienstherrn (334 T€), gegenüber der Deutschen Post aus Postgebühren (103 T€) sowie debitorische Kreditoren (78 T€).

Der Kassen- und Portobestand, die Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks stellen sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Kassen-, Portobestand und Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	€
Schecks	28
Kassenbestand	2.892
Portobestand	304.972
Guthaben bei Kreditinstituten	28.522.388
Summe	28.830.280

Rechnungsabgrenzungsposten

In der Summe der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (5.621 T€) sind neben der Vorauszahlung der Beamtenbesoldungen (1.073 T€) überwiegend abgegrenzte Softwarepflegeaufwendungen enthalten.

Eigenkapital

Gemäß § 2 Absatz 1 des geänderten Staatsvertrags wird das Stammkapital seit dem 1. Januar 2006 mit 36 Mio. € ausgewiesen. Der in 2009 erzielte Jahresüberschuss beträgt 6.450.698 €.

Gemäß § 12 der Satzung von Dataport ist mindestens ein Drittel einer Rücklage zuzuführen. Es wird vorge-

schlagen, 2.150.232,65 € einer Gewinnrücklage zuzuführen und den Rest von 4.300.465,29 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich auf insgesamt 94.520.043 € (Vorjahr 86.937 T€). Hierin sind Rückstellungen für pensionsähnliche Nebenleistungen (Beihilfen) von insgesamt 15.979.458 € (Vorjahr 15.028 T€) enthalten.

Die Sonstigen Rückstellungen belaufen sich insgesamt auf 20.882.326 € (Vorjahr 19.816 T€) und betreffen folgende Positionen:

- Altersteilzeitverpflichtungen und Vorruhestandsmaßnahmen	9.540.813 €
- Urlaubsverpflichtungen/Überstunden	4.489.215 €
- Ausstehende Lieferantenrechnungen	3.207.739 €
- Mobilitätsbörse	1.834.333 €
- Unterlassene Instandhaltung	1.310.000 €
- Jubiläumsrückstellung	258.500 €
- Gewährleistungsrisiken	195.000 €
- Übrige Rückstellungen	46.725 €
Summe	20.882.326 €

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 15 Mio. € betreffen ein Darlehen der HSH-Nordbank mit einer Laufzeit vom 30.06.2008 bis 30.06.2013.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen insgesamt 23.663.816 € und die Sonstigen Verbindlichkeiten insgesamt 2.236.756 €. Von den sonstigen Verbindlichkeiten betreffen 1.209.082 € Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt und 419.328 € den Ausweis kreditorischer Debitoren.

Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen nur in einem geringfügigen branchenüblichen Umfang (Eigentumsvorbehalte).

Sämtliche Verbindlichkeiten mit Ausnahme des Darlehens über 15 Mio. € haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten

In der Summe der passiven Rechnungsabgrenzungsposten von 22.609.032 € sind diverse abgegrenzte Zahlungen für in Folgejahren zu erbringende Leistungen enthalten (u.a. Standardersatzbedarf ESARI, Bereitstellung zentraler Infrastruktur für div. Verfahren, Ausbau des Fileservices).

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Dataport erzielte 2009 Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 281,9 Mio. €

(Vorjahr: 241,7 Mio. €). Sie setzen sich zusammen aus Leistungserlösen (229,8 Mio. €), Handelsgeschäft (32,1 Mio. €), durchlaufenden Portoleistungen (8,1 Mio. €), Pflege- und Wartungsleistungen (5,1 Mio. €) und sonstigen Erlösen (6,8 Mio. €) für im Wesentlichen Schulungen und sonstige Kundenaufträge (SD-Aufträge). Sämtliche Umsatzerlöse werden im Inland getätigt.

Sonstige betriebliche Erträge

Sie belaufen sich auf insgesamt 3.624,0 T€ (Vorjahr: 1.659 T€). Sie betreffen insbesondere die Auflösung von Rückstellungen (2.822 T€) und Pauschalwertbe-

richtigungen (230 T€) und andere periodenfremde Erträge (344 T€).

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren

Der Gesamtaufwand von 33,4 Mio.€ (Vorjahr: 29,9 Mio.€) betrifft mit 30,1 Mio.€ den Wareneinsatz für das Handelsgeschäft. Der Rest ist überwiegend Verbrauch von Materialien für Telefone und Datenverarbeitung.

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Die Gesamtaufwendungen für bezogene Leistungen belaufen sich auf 90,4 Mio.€ (Vorjahr 72,8 Mio.€). Sie betreffen u. a. Fremdleistungen Personal mit 39,5 Mio.€, Softwarepflege und -mieten mit 21,7 Mio.€, Instandhaltungsaufwand für DV- und TK-Anlagen sowie für Übertragungstechnik und sonstige technische Einrichtungen mit insgesamt 9,2 Mio.€, durchlaufende Postgebühren mit 8,2 Mio.€, kundenbezogenen Telefonaufwand und Leitungsmieten mit 7,2 Mio.€, EDV-Aufwand mit 2,1 Mio.€ sowie Aufwand für Kundenauftragsarbeiten mit 1,9 Mio.€.

Personalaufwand

Der Personalaufwand von 93,3 Mio.€ (Vorjahr: 94,5 Mio.€) betrifft mit 74,0 Mio.€ Löhne und Gehälter sowie mit 19,3 Mio.€ den Aufwand für soziale Abgaben und Altersversorgung sowie für Beihilfen und Unterstützungsleistungen. Der Aufwand für Altersversorgung enthält neben dem Aufwand an verschiedene Kassen auch die erforderlichen Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und Vorruhestand.

Abschreibungen

Die Abschreibungen belaufen sich auf insgesamt 25,6 Mio.€ (Vorjahr: 23,5 Mio.€). Es sind keine außerplanmäßigen Abschreibungen angefallen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 36,1 Mio.€ (Vorjahr: 29,1 Mio.€) enthalten im Wesentlichen:

- Erstattungen für die Nutzung des Sondervermögens Hamburgisches TK-Netz (10,3 Mio.€)
- Raummieten und Bewirtschaftungskosten Grundstücke und Gebäude (10,3 Mio.€)
- Verwaltungsbezogene Fremdleistungen (4,0 Mio.€)
- Energiekosten (3,0 Mio.€)
- Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen (1,7 Mio.€)
- Instandsetzung technischer Einrichtungen (1,5 Mio.€)
- Aus- und Fortbildung (Fremdschulung) (1,3 Mio.€)

Zinserträge

Die Zinserträge belaufen sich auf insgesamt 130 T€ (Vorjahr: 98 T€).

Zinsaufwendungen

Der Zinsaufwand beträgt 810 T€ (Vorjahr: 841 T€).

V. Sonstige Angaben

a) Organe, Organkredite und Aufwendungen für Organe

Mitglieder des Verwaltungsrates

Dr. Robert Heller, Vorsitzender
Staatsrat der Finanzbehörde der
Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Olaf Bastian, stv. Vorsitzender (ab 10.11.2009)
Staatssekretär des Finanzministeriums
Schleswig-Holstein

Klaus Schlie, stv. Vorsitzender (bis 10.11.2009)
als Staatssekretär des Finanzministeriums
Schleswig-Holstein bis 27.07.2009
als Staatssekretär des Innenministeriums
Schleswig-Holstein vom 27.07.2009 (bis 10.11.2009)

Helge Carstensen
Dataport-Personalrat, Altenholz

Axel Feist
Dataport-Personalrat, Hamburg

Dr. Detlef Gottschalck
Freie und Hansestadt Hamburg

Ulrich Lorenz (bis 27.07.2009)
Staatssekretär des Innenministeriums
Schleswig-Holstein

Dr. Arne Wulff (vom 27.07.-10.11.2009)
Staatssekretär des Finanzministeriums
Schleswig-Holstein

Volker Dornquast (ab 10.11.2009)
Staatssekretär des Innenministeriums Schleswig-Holstein

Hans-Henning Lühr
Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Dr. Jost Mediger
Staatssekretär des Finanzministeriums
des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Jochen von Allwörden
Geschäftsführer des Städteverbandes
Schleswig-Holstein

Jörg Bülow
Geschäftsführer des
Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages

Harald Rösler
Verwaltungsdezernent des
Bezirksamtes Hamburg-Nord

Jürgen Warmke-Rose
Bezirksamtsleiter des
Bezirksamtes Hamburg-Altona

Mitglieder des Vorstandes von Dataport

Matthias Kammer, Vorsitzender

Dr. Johann Bizer

Andreas Reichel (ab 01.07.2009)

Organkredite

Vorschüsse und Kredite an Organmitglieder wurden nicht gewährt.

Aufwendungen für Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes beliefen sich 2009 auf 334.638 €.

Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands beliefen sich 2009 auf 82.953 €. Die Rückstellungen für laufende Pensionen für diese Personengruppe zum 31.12.2009 betragen 862.006 €.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten keine Bezüge.

b) Weitere Angaben

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 63,9 Mio.€ zum Bilanzstichtag für diverse Verträge mit unterschiedlichen Vertrags-

laufzeiten bis maximal 2018 und unterschiedlichen Kündigungsfristen, insbesondere für Miete und Wartung/Pflege von DV-Anlagen/Programmen, haustechnische Anlagen, Raummieten, Versicherungen etc.

Das für das Geschäftsjahr berechnete Honorar des Abschlussprüfers beträgt für die Abschlussprüfung TEUR 46 und für sonstige Leistungen TEUR 10.

Der Personalbestand betrug im Durchschnitt:

Vorstand	2009
Arbeitnehmer:	2,5
Beamte/Beamtinnen	345
Beschäftigte	<u>1.184</u> <u>1.529</u>
	<u>1.531,5</u>

Altenholz, den 30. März 2010

Dataport – Anstalt des öffentlichen Rechts –

Der Vorstand

(Matthias Kammer) (Dr. Johann Bizer) (Andreas Reichel)

**Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz
Entwicklung des Anlagevermögens 2009**

	01.01.2009 EUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten				01.01.2009 EUR	Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte			
		Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	31.12.2009 EUR		Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Aufzinsung EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	23.861.945,66	5.201.774,64	2.183.852,44	2.573,72	26.882.441,58	14.233.049,11	4.200.807,22	2.183.852,44	0,00	0,00	16.250.003,89	10.632.437,69	9.628.886,55	
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke und Bauten	20.778.441,26	359.563,37	60.846,68	0,00	21.077.777,95	4.086.344,56	1.035.977,16	50.643,33	0,00	0,00	5.071.678,39	16.005.499,56	16.692.096,70	
2. Technische Anlagen und Maschinen	97.214.632,44	13.426.749,49	4.243.523,26	4.711.617,44	111.109.476,11	47.896.280,73	15.968.124,69	2.518.949,88	0,00	0,00	61.345.455,54	49.764.020,57	49.318.351,71	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.368.963,36	7.173.599,71	464.312,05	9.287,29	31.077.538,31	12.108.463,65	4.383.524,45	317.097,76	0,00	0,00	16.174.890,34	14.902.647,97	12.250.499,71	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.832.141,32	394.915,73	0,00	-4.723.478,45	503.578,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	503.578,60	4.832.141,32	
	147.184.178,38	21.954.848,30	4.768.681,99	-2.573,72	163.767.770,97	64.091.088,94	21.387.626,30	2.886.890,97	0,00	0,00	82.592.024,27	81.175.746,70	83.093.089,44	
III. Finanzanlagen														
1. Sonstige Ausleihungen	50.446,04	3.927,78	7.418,65	0,00	46.955,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	46.955,17	50.446,04	
2. Ansprüche gegen die Träger zur Deckung von Pensionsverpflichtungen	53.835.980,00	2.280.373,00	0,00	0,00	56.116.353,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	56.116.353,00	53.835.980,00	
3. Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen	8.142.579,60	8.853.612,84	0,00	0,00	16.996.192,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.996.192,44	8.142.579,60	
	62.029.005,64	11.137.913,62	7.418,65	0,00	73.159.500,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	73.159.500,61	62.029.005,64	
	233.075.129,68	37.694.536,56	6.959.953,08	0,00	263.809.713,16	78.324.138,05	25.588.433,52	5.070.543,41	0,00	0,00	98.842.028,16	164.967.685,00	154.750.991,63	

Lagebericht Dataport 2009

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Dataport ist der Dienstleister für moderne, zukunftssichere Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg, in Schleswig-Holstein einschließlich der Kommunen sowie der Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern (Data Center Steuern (DCS)).

Dataport wurde zum 1. Januar 2004 als Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Altenholz gegründet. Das Unternehmen entstand aus der Fusion der Datenzentrale Schleswig-Holstein, des Landesamtes für Informationstechnik der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Zentralstelle Informations- und Kommunikationswesen der Bezirksverwaltung im Senatsamt für Bezirksangelegenheiten der Freien und Hansestadt Hamburg. Seit dem 01.01.2006 gehören auch das Land Mecklenburg-Vorpommern sowie die Freie Hansestadt Bremen zu den Trägern und Kunden des Unternehmens. Das Gesetz zur Änderung des Staatsvertrages aus Anlass der Beitritte wurde am 20.12.2005 veröffentlicht.

Trotz der großen wirtschaftlichen Herausforderung in 2008 durch den Wegfall der Anwendung MVS Steuer für Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein befindet sich Dataport weiterhin auf einem Wachstumskurs. Dieses Wachstum begründet sich u.a. mit der Ausweitung des Handelsgeschäftes, der Ausweitung der Leistungen im DCS und der Bearbeitung neuer Aufträge. Damit verbunden sind ebenfalls Erhöhungen in den umsatzbezogenen Material- und Personalaufwendungen.

Nach negativen Jahresergebnissen in vergangenen Jahren ist das Jahresergebnis 2009 aufgrund zusätzlicher fakturierbarer Leistungen, der Anpassung der Personalpreise und einmaliger Effekte aus der Versorgungsversicherung auf 6,5 Mio. € gestiegen.

Ertragslage

Durch die Konsolidierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre konnte Dataport im sechsten Geschäftsjahr seit Gründung sein Ergebnis verbessern. Insbesondere Kapazitäts- und Kostenanpassungen sowie die Erhöhung der Personalpreise im Jahr 2008 wirkten sich positiv auf die Ergebnisentwicklung bei Dataport aus. Zusätzliche Aufträge, Anpassungen von Verträgen und verbesserte Erlös-/Aufwandsstrukturen unterstützen die Entwicklung.

In 2009 wurden insbesondere auf Basis der Kostenträgerrechnung unwirtschaftliche Produkte identifiziert und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung angestoßen. Unter Berücksichtigung der in 2008 neu festgelegten Personalpreise wurden Verträge neu verhandelt bzw. angepasst.

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 281,9 Mio. € und zeigen mit einer Steigerung von 40,2 Mio. € bzw. 16,6 % im sechsten Jahr in Folge eine Umsatzausweitung. Die Steigerungen liegen überwiegend im Handelsgeschäft mit 37,2 Mio. € (Vorjahr 34,6 Mio. €) sowie in Leistungserlösen, die um 39,1 Mio. € auf 236,6 Mio. € (Vorjahr 197,5 Mio. €) gestiegen sind. Hier sind insbesondere realisierte Umsätze für ZaBI, zusätzliche Leistungen im Data Center Steuern (DCS), im Government Gateway und neue Projekte wie EU-DLR, Jugend- und Soziales (Jus-IT) sowie BOS SH zu nennen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen bei 3,6 Mio. € (Vorjahr 1,7 Mio. €) und betreffen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2,8 Mio. €.

Im Zusammenhang mit dem Erlöswachstum sind die betrieblichen Gesamtaufwendungen von 249,9 Mio. € auf 278,9 Mio. € angestiegen. Die Gesamtsteigerung von 29 Mio. € wurde im operativen Bereich verursacht.

Der Personalaufwand ist durch die positive Entwicklung der Rückdeckungsversicherung trotz Tarifsteigerungen um insgesamt 1,2 Mio. € gesunken. Der Aufwand für Fremdleistungen erhöhte sich durch zusätzliche refinanzierte Kundenaufträge um 16,4 Mio. €. Das eingesetzte Personal liegt im Jahresdurchschnitt bei 1.531 Personenjahren (Vorjahr 1.530 Personenjahre).

Auf das Handelsgeschäft entfällt eine Aufwandssteigerung in Höhe von 3,5 Mio. €, die entsprechend erlösfinanziert ist.

Nach der geringeren Investitionstätigkeit in 2008 liegen die Anlagenzugänge 2009 mit 26,6 Mio. € (ohne Finanzanlagen) deutlich über dem Vorjahresniveau (24,0 Mio. €). Die Abschreibungen betragen, bereinigt um die Abschreibungen für den erlösfinanzierten Standardersatzbedarf der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 3,6 Mio. € (Vorjahr 1,2 Mio. €), 22,0 Mio. € (Vorjahr 22,3 Mio. €).

Der sonstige betriebliche Aufwand liegt mit 36,1 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau (29,1 Mio. €). Die Steigerung ist begründet durch Raummieten für das neue Rechenzentrum in Kiel (1,0 Mio. €), gestiegene Erstattungen an das Sondervermögen (2,0 Mio. €), Rückstellungen für die Sanitätsanierung am Standort in Altenholz und Videoüberwachung (1,1 Mio. €) und Verlusten aus Anlagenabgängen im Anlagevermögen. Durch Einsparungen in Instandhaltungen technischer Einrichtungen, in Raummieten und bei den KFZ-Kosten konnte der Aufwand gegenüber dem Plan reduziert werden.

Das Zinsergebnis ist mit 0,7 Mio. € negativ. Das Investitionsvolumen der Vorjahre wird teilweise über einen Investitionskredit mittelfristig finanziert und belastet das Finanzergebnis.

Insgesamt wurde für das Unternehmen bei Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2,8 Mio. € ein Jahresüberschuss von 6,5 Mio. € erzielt (Im Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 6,8 Mio. €). Das Ergebnis wurde durch die veränderte Bewertung der Versorgungsleistungen beim Übergang von der Volksfürsorge zur Generali (Rückkaufswert entspricht dem Deckungskapital) überdurchschnittlich beeinflusst.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung in 2009 hat sich durch konsequente Fakturierung verbessert. Die finanziellen Verpflichtungen konnten aus eigenen Mitteln erbracht werden. Der im Vorjahr aufgenommene Investitionskredit besteht fort. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist positiv.

Vermögenslage

Die Analyse der Vermögensentwicklung zeigt in 2009 folgende Struktur: Das Anlagevermögen war zum 31.12.2009 vollständig durch Eigenkapital und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Investitionen im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 26,6 Mio. € (ohne Finanzanlagen) betreffen insbesondere die interne DV-Ausstattung (hier vorwiegend Server des Rechenzentrums), den Aufbau des Kiel-RZ, die DV-Soft-

ware sowie kundenfinanzierte DV-Ausstattungen (Standardersatzbedarf (SEB)).

Entwicklung der IT-Branche

Die konjunkturelle Lage der IT-Branche blieb in 2009 trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Eintrübung stabil. Wachstumstreiber blieben – wie schon in den Vorjahren – die Bereiche Software und IT-Dienstleistungen. Dieser Branchenteil wächst kontinuierlich und entwickelt sich in den letzten Jahren besser als die Gesamtwirtschaft. Die Software und IT-Dienstleistungsbranche in Deutschland entwickelt sich damit zu einem eigenständigen Wirtschaftsfaktor, dessen Bruttowertschöpfung und Beschäftigung sich Schätzungen zufolge in den nächsten zwei Jahrzehnten verdoppeln wird¹⁾.

Dennoch hinterlassen die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten Spuren in den IT-Budgets, sodass insgesamt weiterhin von der Notwendigkeit einer Konsolidierung der IT-Dienstleister ausgegangen wird. Die IT-Branche steht nach wie vor unter einem erheblichen Konzentrationsdruck.

Im öffentlichen Bereich intensivieren die mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise einhergehenden Belastungen die Diskussion um IT-Konsolidierungs- und Konzentrationsvorhaben. Während diese in den früheren Jahren vergleichsweise wenig geführt wurde, scheinen sich im Zuge der sichtbar gelungenen Aufstellung von Dataport als öffentlicher länderübergreifender IT-Dienstleister weitere Länder zu ebensolcher Zusammenarbeit im IT-Bereich zusammenzufinden. Gemäß den Verabredungen der Finanzministerkonferenz werden die Möglichkeiten einer weiteren Konsolidierung der IT-Landschaft im öffentlichen Bereich weiter verfolgt. Mit dem Beitritt Niedersachsens zu Dataport wird dieser Weg konsequent fortgesetzt.

Dies bedeutet mittel- bis langfristig für das Segment der öffentlichen IT insgesamt einen deutlichen Konzentrationsprozess. Diese Konzentration verspricht einerseits die IT-Standardisierung und die Erreichung effizienterer Größenordnungen zu fördern, kann andererseits aber auch die Kostensituation von Dataport verändern. Auf jeden Fall besteht seitens der Träger und Kunden der öffentlichen IT-Dienstleister aufgrund der knappen Haushaltsentwicklung weiterhin eine starke Motivation zur Realisierung von Synergien aus einer länderübergreifenden Bündelung der IT-Kompetenz bei einem Dienstleister.

Risiken der künftigen Entwicklung

Dataport ist als öffentlicher IT-Dienstleister einer Reihe von Risiken, schwer abzuschätzenden Rahmenbedingungen und Entwicklungen ausgesetzt, die sich unmittelbar aus der Aufgabenstellung ergeben. Es können insbesondere die folgenden genannt werden:

- Die Mittel der öffentlichen Haushalte in den Trägerländern sind weiterhin knapp und damit auch die Mittel für die Investitionen und den Betrieb von neuen IT-Lösungen bzw. für die Konsolidierung von vorhandenen Lösungen. Eine Verschärfung der Situation ist durch die Finanzkrise in 2008 und die Schuldenbremse des Bundes (ab 2020 dürfen in den Ländern keine Schulden mehr gemacht werden) entstanden, die sich im öffentlichen Bereich in den kommenden Jahren auswirken wird.
- Der Markt ist aufgrund der gesetzten Aufgabenstellung auf die Trägerländer begrenzt; damit sind innerbetriebliche Anpassungen auf Marktänderungen nur schwierig oder gar nicht möglich.

- Auch aufgrund gesetzlicher Vorgaben sind eine weitere Zunahme von Komplexität und damit erhöhte Qualitäts-, Sicherheits- und Datenschutz-Anforderungen zu erwarten.
- Die Auftragsvergabe an Dataport ist auf Kundenseite noch nicht einheitlich.
- Die Produktentscheidungen der Trägerländer sind historisch bedingt in vielen Bereichen unterschiedlich, so dass eine Konsolidierung nur über mittel- bis längerfristige Zeiträume möglich sein wird.
- Höhere Anforderungen und veränderte Erwartungen der Kunden als Konsequenz aus den sich derzeit ausbildenden E-Government-Strukturen.
- Zum Teil schwer kalkulierbare Produktpolitiken und schnelle Innovationszyklen bei Lieferanten und Partnern.
- Arbeitsmarkt-, demografie- und tarifstrukturbedingte Knappheit von geeignetem Personal für die IuK-Technik, verbunden mit zusätzlichem Aufwand für Personalgewinnung.
- Know-how-, Flexibilitäts- und Innovationsrisiken durch eine für einen IT-Dienstleister ungünstige Altersstruktur, die nur mittel- bis langfristig verbessert werden kann.

Insgesamt ist allerdings festzustellen, dass der Bestand des Unternehmens und die weitere künftige Erfüllung des Geschäftszwecks von Dataport aus derzeitiger Sicht nicht gefährdet sind. Es hat sich in den vergangenen Jahren seit der Fusion der Vorgängerorganisationen gezeigt, dass durch zunehmende Automatisierung, durch Nutzung von Größenordnungseffekten und die Zusammenlegung von Wertschöpfungs- und Unterstützungseinheiten nachhaltige Vorteile und Effizienzsteigerungen erreicht wurden.

Nachtragsbericht

Niedersachsen wird sich als fünftes Trägerland an Dataport beteiligen. Die Parlamentsbefassung der fünf Länder befindet sich in Vorbereitung. Mit einer endgültigen Ratifizierung wird noch innerhalb des ersten Halbjahres 2010 gerechnet.

Chancen für Dataport

Auch das Geschäftsjahr 2009 hat gezeigt, dass Dataport durch seine Größe und seine länderübergreifende Zusammenarbeit erfolgreich IT-Standardisierungen fördert, Synergien durch organisatorische Zusammenlegungen (insbesondere am Beispiel Bremen) und weitere Prozessoptimierungen erzielt sowie höhere Auslastung der Infrastrukturen realisiert. Dataport kommt als Dienstleister mehrerer Länder die Aufgabe der Integration und Vernetzung verwaltungsübergreifender Datenströme zu. Sowohl aus dieser länderübergreifenden Zusammenarbeit als auch aus gemeinsamen Ausschreibungen für Beschaffungen können die Länder Synergien heben.

Im Gegensatz zur Privatwirtschaft werden IT-Investitionen bei der öffentlichen Hand angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht verschoben. Zum einen liegt dies daran, dass viele Investitionen gesetzlich verankert sind. Dazu zählt die Umstellung auf die Doppik ebenso wie die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Auch die Auswir-

¹⁾ Vgl. Studie des Fraunhofer Instituts für Systemstudie (Fraunhofer ISI) „Software und IT-Dienstleistungen: Kernkompetenzen der Wissensgesellschaft Deutschland“ <http://isi.fraunhofer.de/isi-de/t/projekte/tl-softwareindustrie-in-deutschland.php>

kungen des demografischen Wandels erlauben keinen Aufschub mancher Investitionen.

In seinen Trägerländern wird Dataport seine Position als IT-Dienstleister auch künftig weiter festigen.

Dataport strebt an, die Konsolidierung fortzusetzen und Chancen zu Kostensenkungen zu erarbeiten. So soll auf veränderte Marktsituationen auch mittelfristig gut reagiert wer-

den können. Für die zukünftigen Jahre strebt Dataport positive Ergebnisse an.

Altenholz, den 30. März 2010

Dataport – Anstalt des öffentlichen Rechts –

Der Vorstand

(Matthias Kammer) (Dr. Johann Bizer) (Andreas Reichel)

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Dataport – Anstalt des öffentlichen Rechts –, Altenholz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Hamburg, den 20. April 2010

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kreninger (Wirtschaftsprüferin)

Borcherding (Wirtschaftsprüfer)

1133

Gerichtliche Mitteilungen

Konkursverfahren

65 c N 212/98. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **M.V.T.O., Mediconsult GmbH & Co.KG**, Seehafenstraße 20, 21079 Hamburg, persönlich haftender Gesellschafter: Verwaltungsgesellschaft M.V.T.O. Mediconsult mbH, Geschäftsführer: Peter und Uwe Nehrmann, ist gemäß § 204 KO mangels Masse durch verkündeten Beschluss vom 21. Oktober 2010 eingestellt worden.

Hamburg, den 1. November 2010

Das Amtsgericht, Abt. 65

1134

Beschluss

970 VI 1094/10. In der Nachlasssache des am 12. Mai 2010 verstorbenen Herrn **Rainer Pläß** beschließt das Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Abteilung 970, durch den Rechtspfleger Großmann:

Auf Antrag der mit Erbschein vom 15. Juli 2010 ausgewiesenen Erben, wird über den Nachlass des am 12. Mai 2010 in Lüchow (Wendland) verstorbenen, zuletzt in Hamburg wohnhaft gewesenen Rainer Pläß, die Nachlassverwaltung angeordnet. Zum Nachlassverwalter wird Rechtsanwalt Dr. Reimer

Beuck, Lerchenberg 12 d, 22359 Hamburg, bestellt.

Hamburg, den 5. November 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 970

1135

Zwangsversteigerung

71 s K 35/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Olenland 38 belegene, im Grundbuch von Langenhorn, Blatt 7656 eingetragene 222 m² große Grundstück (Flur-

stück 7222), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem vollunterkellerten eingeschossigen Reihenhause, Baujahr 1961, mit einer Wohnfläche von etwa 74,61 m². Das Grundstück ist zur Zeit vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 110 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 12. Januar 2011, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. Mai 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Teileigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 12. November 2010

Das Amtsgericht, Abt. 71
1136

Zwangsversteigerung

802 K 47/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Waldweg 50 belegene, im Grundbuch von Sasel Blatt 12 534 eingetragene Teileigentum, bestehend aus einem 5/1000 Miteigentumsanteil an dem 961 m² großen Grundstück (Flurstück 1982), verbunden mit dem Sondereigentum an dem Stellplatz in der Tiefgarage, im Aufteilungsplan mit Nummer T5 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Der zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung nicht genutzte Stellplatz entspricht nicht der Garagenverordnung und kann nicht genutzt werden. Nach einem Urteil des Landgerichts Hamburg wurde laut Gutachten die Nutzung der Stellplätze untersagt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 0,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 20. Januar 2011, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 5. August 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Teileigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

1137

802 K 48/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Waldweg 50 belegene, im Grundbuch von Sasel Blatt 12 535 eingetragene Teileigentum, bestehend aus einem 5/1000 Miteigentumsanteil an dem 961 m² großen Grundstück (Flurstück 1982), verbunden mit dem Sondereigentum an dem Stellplatz in der Tiefgarage, im Aufteilungsplan mit Nummer T6 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Der zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung nicht genutzte Stellplatz entspricht nicht der Garagenverordnung und kann nicht genutzt werden. Nach einem Urteil des Landgerichts Ham-

burg wurde laut Gutachten die Nutzung der Stellplätze untersagt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 0,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 20. Januar 2011, 10.15 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 5. August 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Teileigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 12. November 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**

Abteilung 802

1138

Zwangsversteigerung

902 K 51/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Güntherstraße 96 belegene, im Grundbuch von Hohenfelde Blatt 4633 eingetragene Teileigentum, bestehend aus 546/10 000 Miteigentumsanteilen an dem 468 m² großen Grundstück (Flurstück 676), verbunden mit dem Sondereigentum an den nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen, im Aufteilungsplan mit Nummer 13 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Bei dem Teileigentum handelt es sich um eine vermietete Gewerbeinheit (Laden) im Souterrain rechts eines

um 1880 errichteten sechsgeschossigen Mehrfamilienwohnhauses. Das Gebäude Güntherstraße 96 ist im Verzeichnis der erkannten Baudenkmäler eingetragen. Nach dem Wertgutachten vom 22. März 2010 hat die Gewerbeinheit eine Größe von etwa 70 m², bestehend aus zwei Büroräumen, 2 Akten- bzw. Archivräumen, Teeküche, WC und Flur. Der Laden befindet sich laut Gutachten in einer 2b-Gewerbelage. Es ist Zwangsverwaltung angeordnet. In dem Versteigerungstermin vom 26. Oktober 2010 ist der Zuschlag bereits aus den Gründen des § 74 a Absatz 1 ZVG versagt worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 76 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 1. Februar 2011, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertor-damm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.39, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. Oktober 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Teileigentums oder des

nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 12. November 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902 1139

Zwangsversteigerung

505 K 7/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 22559 Hamburg, Sülldorfer Brooksweg 85 a belegene, im Grundbuch von Rissen Blatt 4235 eingetragene 1032 m² große Grundstück (Flurstück 3201), sowie der im Grundbuch von Rissen Blatt 5595 eingetragene Miteigentumsanteil von 1/4 am Stellplatzgrundstück (202 m²), durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten vom 7. Dezember 2009: Das eigengenutzte Grundstück ist bebaut mit einem teilunterkellerten, eingeschossigen Einfamilienhaus, Fertighaus in Holztafelbauweise (OKAL-Haus), Baujahr 1974, mit teilausgebautem Dachgeschoss. Im Jahre 1999 wurde es teilweise modernisiert; nachträglich wurde im Wohn-/Essbereich auch ein offener Kamin eingebaut. Die Wohn-/Nutzfläche beträgt rund 210 m², im Keller befinden sich Hobbyraum, Sauna, Dusche und 2 Abstellräume, im Erdgeschoss Windfang, Diele, Gäste-WC, Küche, Flur, Bad, 3 Zimmer und ein großzügiger Wohn-/Essbereich, sowie Windfang, Küche und Bad der ehemaligen Einliegerwohnung; das Dachgeschoss wurde nachträglich mit einem Zimmer mit angrenzendem Bad ausgebaut.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 11. März 2009 in die Grundbücher eingetragen worden.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 471 500,- Euro (Hausgrundstück 466 000,- Euro und 1/4 Anteil am Stellplatz 5500,- Euro), Einheitswert 67 000,- DM.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 11 im Erdgeschoss, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Informationen mit dem Gutachten zum Download auch im Internet unter www.zvg.com, und www.zvhh.de

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Freitag, den 28. Januar 2011, 9.30 Uhr**, im Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, I. Stock, Saal 18.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 12. November 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Blankenese**

Abteilung 505 1140

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wissenschaft und Forschung,
vertreten durch Sprinkenhof AG

Postanschrift:
Steinstraße 7, 20095 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):
Sprinkenhof AG – Geschäftsbereich ISZ
Zu Händen von Herrn T. Kröger

Telefon: +49 (0)40 / 3 39 54 - 0

Telefax: +49 (0)40 / 3 39 54 - 279

Zu Händen Herrn T. Kröger

E-Mail: thorsten.kroeger@sprinkenhof.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

den oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**
 Agentur/Behörde auf zentraler oder bundesstaatlicher Ebene
 Bildung
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

– ca. 360 lfdm Treppen- und Absturzeländer aus Stahl
 – ca. 26 t Stahlkonstruktionen tlw. F30 Beschichtung
 – ca. 15 Stück Stahlzargen

2.BA: – ca. 10 Stück Stahlzargen
 Rauhputz nur 1. BA: 950 m²

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
 Maler- und Lackierarbeiten für Neubau und Grundinstandsetzung bzw. Umbau eines denkmalwürdigen Kasernengebäudes.

- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 (a) Bauleistung
 Ausführung
 Hauptausführungsort: Hamburg-Harburg
 NUTS-Code: DE 600

- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung
 Öffentlicher Auftrag

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Sanierung und Grundinstandsetzung eines denkmalwürdigen Kasernengebäudes von 1896 für Zwecke der TU Hamburg-Harburg unter Hinzufügung von Neubauten in 2 Bauabschnitten; einer davon im Rahmen des Konjunkturprogramms 2.
 Gesamt-BGF etwa 10 000 m², davon etwa 2700 m² Anteil Neubau.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):
 Hauptgegenstand: 45440000

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Wandflächen:

1. BA: 8 200 m²

2. BA: 9 900 m²

Gesamt: 18 100 m²

Deckenflächen:

1. BA: 2 850 m²

2. BA: 3 150 m²

Gesamt: 6 000 m²

Bodenbeschichtungen:

1. BA: 500 m²

2. BA: 220 m²

Gesamt: 720 m²

Beschichtung Metallbauteile:

1.BA: – 6 Stück 2-läufige Stahltreppe mit Podest

– 1 Stück 1-läufige Stahltreppe mit Podest

- II.2.2) Optionen: –

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Beginn: 28. Februar 2011,
 Ende: 4. November 2011

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
 Siehe Verdingungsunterlagen

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
 Siehe Verdingungsunterlagen

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Siehe Verdingungsunterlagen

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 Siehe Verdingungsunterlagen

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 Siehe Verdingungsunterlagen

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 Siehe Verdingungsunterlagen

- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Niedrigster Preis
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: –
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/ Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 15. Dezember 2010, 10.00 Uhr
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
Preis: 30,00 Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Per Überweisung; der Versand erfolgt erst, wenn die Überweisung verbucht ist. Die Kosten werden nicht erstattet.
Empfänger:
Sprinkenhof AG, Kennwort TUHH H17,
Konto-Nr. 143 941 000, BLZ 210 500 00,
HSH Nordbank.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:
22. Dezember 2010, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 22. März 2011
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
22. Dezember 2010, 10.00 Uhr
Ort: Sprinkenhof AG
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja
Bieter und ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:**
Die Möglichkeit der Einsichtnahme der Unterlagen besteht vom 215. November 2010 bis zum 15. Dezember 2010 (montags bis freitags, 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, Ort s. I.1).

Der Versand der Verdingungs-, Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen erfolgt in digitaler Form auf CD gegen eine Gebühr von 30,- Euro.

Auf Anforderung erfolgt der Versand des Leistungsverzeichnisses in Papierform gegen eine Gebühr von 60,- Euro per Überweisung; der Versand erfolgt erst, wenn die Überweisung verbucht ist. Die Kosten werden nicht erstattet.

Empfänger:

Sprinkenhof AG, Kennwort TUHH H17,
Konto-Nr. 143 941 000, BLZ 210 500 00,
HSH Nordbank.

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/
Rechtsbehelfsverfahren**

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20354 Hamburg, Deutschland

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Fristen des § 101 a GWB und § 107 Absatz 3 GWB. Nach § 107 Absatz 3 Nummer 1 GWB hat der Bieter einen erkannten Verstoß gegen Vergabevorschriften unverzüglich zu rügen, dies bedeutet für die Auftraggeberin spätestens nach 5 Kalendertagen. Der Bieter wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag auf Nachprüfung nach § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB unzulässig ist, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des öffentlichen Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, bei der die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
4. November 2010

Hamburg, den 4. November 2010

Sprinkenhof AG

1141

Öffentliche Ausschreibung

HafenCity Hamburg: Bauleistungen

- a) Sondervermögen „Stadt und Hafen“ vertreten durch die HafenCity Hamburg GmbH, Osakaallee 11, 20457 Hamburg, Deutschland, Telefon: 040/37 47 26 - 0, Telefax: 040/37 47 26 - 26, E-Mail: info@HafenCity.com
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Ausführung von Bauleistungen, Erdbau- und Baugrundverbesserungsarbeiten.
- e) 20457 Hamburg
- f) Erdbau- und Baugrundverbesserungsarbeiten:
- ca. 11 000 m³ Bodenaushub,
 - ca. 66 000 m³ Sandeinbau,
 - ca. 75 000 lfd. m Vertikaldränagen,

2248

Freitag, den 12. November 2010

Amtl. Anz. Nr. 89

- ca. 2 000 m² Einbau von Böschungsdeckwerk (Metallhüttenschlacke),
 - ca. 2 400 m² Einbau von Böschungsabdeckung (Grasmatten).
- zugehörige technische Bearbeitungen, Geländevorbereitungen, Kampfmittelerkundung, Fundamentabbruch, Bodenentsorgung, Sandrückbau, Setzungsmessungen
- g) Erdbau- und Baugrundverbesserungsarbeiten für hochwassersichere Geländeaufhöhungen, Entwurfsunterlagen werden bauherrenseitig geliefert, Bauausführungsunterlagen und Bestandsunterlagen durch den Auftragnehmer.
- h) Gesamtvergabe, keine Aufteilung in Lose
- i) Bauzeit: Januar 2011 bis Juli 2011
- j) Änderungsvorschläge und Nebenangebote sind zusammen mit einem Hauptangebot zugelassen.
- k) Anforderung der Unterlagen bei:
Steinfeld und Partner GbR,
Reimersbrücke 5, 20457 Hamburg,
Telefon: 040/38 91 39 - 0, Telefax: 040/3 80 91 70,
Versand der Unterlagen ab dem 15. November 2010
- l) Die Unterlagen sind kostenpflichtig, Preis: 30,- Euro.
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung,
Empfänger: Steinfeld und Partner GbR,
Konto 656 4900 bei der
Deutschen Bank AG (BLZ 200 700 00).
Verwendungszweck: Straße westlich Lohsepark
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- m) entfällt
- n) Ende der Angebotsfrist: 10. Dezember 2010, 13.00 Uhr.
- o) Angebotsadresse: siehe Buchstabe a)
- p) Deutsch
- q) Angebotseröffnung: 10. Dezember 2010, 13.00 Uhr bei der HafenCity Hamburg GmbH, siehe Buchstabe a).
Zur Eröffnung zugelassen sind Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Es ist möglich, dass die geforderten Nachweise und Angaben auch über die Liste vom Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen nachgewiesen werden.

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 10. Januar 2011

w) Beschwerdestelle:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 40 - 20 39

Hamburg, den 8. November 2010

HafenCity Hamburg GmbH

1142

Rahmenvereinbarung gemäß § 12 Nummer 1 VOL/A

PFLEGEN UND WOHNEN Betriebs GmbH
Beschaffungsmanagement
Finkenau 11, 22081 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 / 20 22 - 35 41
Telefax: +49 (0)40 / 20 22 - 33 30

Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung
– Rahmenvereinbarung Nummer B ÖA 001-2010

Die Lieferung von **Fruchtsaft, -konzentrat und -nektar** soll vergeben werden.

Die Unterlagen können bei Hamburger Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH, Beschaffung, Raum 0.31, Bahngärten 11, 22041 Hamburg, nach telefonischer Rücksprache unter 040 / 65 80 41 88 dienstags bis freitags in der Zeit von 9.00 bis 12.00 Uhr eingesehen und für einen Verrechnungsscheck in Höhe von 10,- Euro erworben werden **oder** kostenfrei ab dem 9. November 2010 aus dem Internet unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

www.pflegenundwohnen.de/Unternehmen/Ausschreibungen/Aktuell

Einreichfrist: 23. November 2010, 13.00 Uhr

Hamburg, den 1. November 2010

PFLEGEN UND WOHNEN Betriebs GmbH

1143

Die Universität Hamburg schreibt einen **Rahmenvertrag zur Lieferung von Technischen Gasen** öffentlich nach VOL aus. Bewerber melden sich bitte schriftlich bei: Universität Hamburg, Referat 74, Ausschreibungs- und Einkaufsdienste, Moorweidenstraße 18, 20148 Hamburg. Auskünfte erteilt Herr Jeschke, Telefax: 040/4 28 38 - 66 38, E-Mail: Einkaufsdienste@verw.uni-hamburg.de

Hamburg, den 4. November 2010

Universität Hamburg

1144

Gläubigeraufruf

Die Firma **Thomas Kölln Sanitärtechnik GmbH**, Langenhörner Chaussee 481, 22419 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 8. Oktober 2010

Der Liquidator

1145